

WOZ DIE WOCHENZEITUNG

WOZ 10/03 - Ressort Kultur

Stuart Eizenstats «Unvollkommene Gerechtigkeit»

Protestieren und Vertuschen

Mascha Madörin

Das goldene Hakenkreuz über dem Schweizer Kreuz sorgte hierzulande für Empörung. Jetzt ist Stuart Eizenstats Buch auf Deutsch erschienen: Ohne Kreuze. Aber mit demselben spannenden Inhalt.

Es war eine seiner letzten Amtshandlungen als Aussenminister. Bundesrat Joseph Deiss schrieb einen Protestbrief an Stuart E. Eizenstat. Deiss gefiel der Buchumschlag der Memoiren des US-Chefunterhändlers in Sachen Holocaust-Entschädigungsklagen nicht. Das Cover der englischen Originalausgabe «Imperfect Justice» zeigt eine Schweizer Fahne und darauf in Hakenkreuzform angeordnete Goldbarren. Was hat Deiss mit diesem Brief bezweckt?

Patriotische Proteste von helvetischen Landesvertretern haben System, wie in «Unvollkommene Gerechtigkeit» jetzt auch auf Deutsch nachzulesen ist. So entblödete sich beispielsweise Holocaust-Task-Force-Chef Thomas Borer nicht, in einer kritischen Phase der Entschädigungsverhandlungen zu drohen: «Die Schweizer können sehr stur sein. Wenn diese Verhandlungen scheitern, wird die Schweiz einen grossen Handelskrieg gegen Israel und die USA führen.» Als ob man, kommentiert Eizenstat, Amerika damit beeindrucken könnte, von den Skigebieten der Schweiz ausgesperrt zu werden. Der Zeitpunkt von Borers Säbelrasseln war nicht zufällig: Kurz nachdem Eizenstat erfolgreich verhindert hatte, dass die Zustimmung der US-Behörden zur Fusion von Bankverein und Bankgesellschaft mit den Entschädigungsverhandlungen gekoppelt wurde, meinten die Schweizer Banker, dass nun jeder Druck weg sei. Sie blieben hart in ihren Verhandlungspositionen - entgegen den Ratschlägen ihrer US-Anwälte.

Böse Überraschungen

Eizenstats Bericht zeigt klar: Sobald den Schweizer Bankern keine wirtschaftlichen Sanktionen mehr drohten, wurden sie verhandlungsunwillig. Eizenstat kritisiert weiter die uneinsichtige Haltung der Schweizer Regierung, die bis heute die aussergerichtliche Vereinbarung ablehne. Sogar vor der Abstimmung über den Solidaritätsfonds habe der damalige Bundespräsident Kaspar Villiger entgegen früheren Versprechen angekündigt, dass aus dem Solidaritätsfonds nichts an Holocaust-Opfer ausbezahlt werde. Dies, obwohl die Schweizer Nationalbank bei den Verhandlungen viel zu gut weggekommen sei, wie Eizenstat mehrfach betont.

Besonders interessant ist das Kapitel über die nachrichtenlosen Vermögen von Holocaust-Opfern. Paul Volcker, früherer Nestlé-Verwaltungsrat und vormaliger Präsident der US-amerikanischen Notenbank, erklärte sich bereit, die Untersuchungen zu den nachrichtenlosen Vermögen zu leiten. Er tat dies nicht zuletzt aus der Überzeugung heraus, dass es für die Integrität des internationalen Finanzsystems und der Schweiz (er war mit seinem früheren Amtskollegen, dem Schweizer Nationalbankpräsidenten Fritz Leutwiler, befreundet) wichtig sei, die anstehenden Fragen zu klären.

Volcker sollte aber mit den Schweizern böse Überraschungen erleben, sowohl als Leiter der nach ihm benannten Kommission als auch bezüglich der Fakten, die deren Untersuchungen hervorbrachten. Der Bergier-Bericht, den Eizenstat sehr lobt und der nach Abschluss der Verhandlungen erschien ist, hat zusätzlich schockierende Fakten aufgedeckt. So kamen 1954 die Banken überein, «unter keinen Umständen Informationen über Transaktionen herauszugeben, die mehr als zehn Jahre zurücklagen, und sich auf ihre gesetzliche Pflicht zu berufen, Akten lediglich zehn Jahre aufzubewahren, selbst wenn in ihren Archiven die notwendigen Informationen lagen». Bis zum Schluss der Verhandlungen glaubte Volcker, dass keine solche Vereinbarung bestanden hatte.

Einzigartige Schweiz

Das grosse Problem bei den Verhandlungen war laut Eizenstat die Stimmungsmache in der Schweiz: Immer wieder sei suggeriert worden, es handle sich dabei um unfaire Erpressungen. Kein anderes Land habe so reagiert. Als es beispielsweise darum gegangen sei, welche und wie viele Namen von InhaberInnen nachrichtenloser Konti auf dem Internet veröffentlicht werden sollten, wollten die Schweizer Banker anfänglich nur 5000 Namen akzeptieren. Die Volcker-Kommission schlug 54 000 vor, am Schluss einigte man sich auf 21 000. Laut Richter Ed Korman hätten die Schweizer Banker «so hartnäckig darum gekämpft, die Zahl veröffentlichter Konten zu begrenzen, weil sie der Schweizer Öffentlichkeit erklären wollten, man habe ihnen einen so hohen Vergleich ‘abgepresst’».

Diese Strategie der Schweizer Banken ist in der Schweiz offensichtlich aufgegangen. Es ist nicht blass Christoph Blocher, der auf der Klaviatur des reaktionären und latent antisemitischen Patriotismus spielt. Als die Schweiz letztes Jahr wegen des

Krieges gegen Palästina ein Militärabkommen mit Israel einfror, soll Bundesrat Couchepin dem israelischen Botschafter erklärt haben, nach dem, was ihr «in der Bankenaffäre an Peinlichkeiten zugemutet worden sei, sei es diesmal Zeit für die Schweiz gewesen, eine Antwort zu formulieren».

«Unvollkommene Gerechtigkeit.»

AutorIn: Eizenstat, Stuart E.

Verlag: Bertelsmann. München 2003.

Seiten, Preis: 477 Seiten. 42 Franken.

[▲ Top](#)

[Fenster schliessen](#)